

Räte wehren sich gegen Grundsteuer-Erhöhung

Finanzen: Gremium lehnt Vorschlag von Bürgermeister und Landratsamt ab – Eichenbühler Satz liegt bereits über Kreisdurchschnitt

EICHENBÜHL. Mit dem Genehmigungsbescheid des Landratsamts Miltenberg wurde der Gemeinde Eichenbühl nahegelegt, über eine Verbesserung der Einnahmen in der Gemeinde nachzudenken. Es sei zu prüfen, ob eine Anhebung der Hebesätze für die Grundstücks- und Gewerbesteuern erfolgen könne. Der Gemeinderat stimmte am Mittwoch einstimmig gegen den Vorschlag von Bürgermeister Günther Winkler (CSU).

Winkler wies am Mittwoch auf die Notwendigkeit einer geforderten Erhöhung hin. Kämmerer Marco Schirmer erläuterte die auf die Gemeinde

zukommenden Verbindlichkeiten. Durch den zu erwartenden Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird sich der Teil der Einkommensteueranteil für die Gemeinden um 20 Prozent kürzen. Dies führe im kommenden Haushaltsjahr zu einer Verringerung von 175 000 Euro. Bedingt durch die vielen Projekte vom Konjunkturpaket II sei der Haushalt bereits ausgereizt, so der Kämmerer eindringlich. Durch die Einnahmeausfälle müssen nun auch noch ca. 100 000 Euro der Tilgungsleistungen über Kredite finanziert werden. Richtig sei es, dass die Gemeinde seit 13 Jahren schon

eine verhältnismäßig hohe Grund- und Gewerbesteuer habe. Bei der Grundsteuer A und B sei die Gemeinde mit einem Hebesatz von 330 (von Hundert) über dem Kreisdurchschnitt von 305 von Hundert. und bei der Gewerbesteuer mit 340 von Hundert. über dem Kreis- und Landesdurchschnitt von 322 von Hundert und 320 von Hundert.

Der Hebesatz, zum Beispiel 321 von Hundert, wird auf der Grundlage des Steuermessbetrags des Finanzamtes berechnet. Sehr vereinfacht beschrieben heißt das: Grundstücks- und Gebäudewert mal Steuermesszahl (bei

einem Einfamilienhaus 3,5 von Tausend) mal Hebesatz der Gemeinde. Bei einem Steuermessbetrag von 100 Euro jährlich wären das 321 Euro Steuern, die der Gemeinde zufließen. Bei der Gewerbesteuer muss die Gemeinde eine Umlage in Höhe von etwa 20 Prozent an das Land abführen.

Boris Großkinsky (CSU) sprach sich gegen eine Erhöhung aus, man könne die Bürger nicht noch mehr verärgern. Der Wasserpreis habe sich in manchen Gemeindeteilen erhöht, eine Erhöhung der Steuern sei kontraproduktiv. »Sehen wir lieber zu, dass wir auch die letzten Grundstücke attraktiv

verkaufen. Mit einer Erhöhung der Steuer schrecken wir jeden Käufer ab.«

Herrmann Schmedding (SPD) hielt es für sehr zweifelhaft, dass sich Regierung neben der erhöhten Arbeitslosenfinanzierung Gedanken über die Veränderung im Familienleistungsausgleich mache, die Pendlerpauschale ändere und gleichzeitig den Gemeinden diese Last schultere, indem sie das nötige »Kleingeld« über die Reduzierung des gemeindlichen Einkommenssteueranteils wieder reinhole. Joachim Schmedding (SPD) bestätigte das Ansinnen. Man könne dem Bürger nicht noch mehr zumuten. *hack*